

Antragsbereich LAT / **Antrag LAT01**

AntragstellerInnen: BayernSPD-
Landesvorstand

LAT01: Kommunalpolitische Leitlinien für die Kommunalwahlen 2020

Was ist sozialdemokratische Kommunalpolitik?

Die Grundwerte der SPD – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – leiten auch die Arbeit der SPD vor Ort.

5 Wir stehen für lebenswerte Städte und Gemeinden.

Bei den Kommunalwahlen am 15. März 2020 treten wir mit dem Ziel an, unsere Gemeinden, Städte und Landkreise fit zu machen für die Herausforderungen der Zukunft. Jede und jeder soll sich in seiner Kom-
10 mune wohl fühlen.

Dies ist die Richtschnur unserer politischen Entscheidungen und Konzepte.

15

Unsere Kommunalpolitik ist gelebte Demokratie

Kommunalpolitik lebt vom Engagement, von der Mitwirkung und Beteiligung seiner Einwohnerinnen und
20 Einwohner. Deshalb wollen wir die Bürgerinnen und Bürger bei wichtigen Entscheidungen mitsprechen und mitentscheiden lassen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten
25 wollen im engen Schulterschluss mit den Menschen Verantwortung für die Zukunft übernehmen. Wir wollen lebenswerte Städte, Gemeinden und Landkreise

gemeinsam gestalten! Wir stehen für mehr Partizipation der Bürgerinnen und Bürger und wollen echte
30 Mitbestimmung und Mitverantwortung ermöglichen.

Unsere Kommunalpolitik gestaltet die soziale Stadt

35 Vor Ort entscheidet sich, ob alle Menschen die Möglichkeit zu einem selbstbestimmten Leben haben. Wir kümmern uns darum, dass unsere Kommunen unabhängig von Alter, Hautfarbe, Religion, Geschlecht und sexueller Identität für jeden und jede lebenswert sind.

40

Unsere Kommunalpolitik ist nachhaltig und generationengerecht

Nachhaltige Kommunalpolitik orientiert sich am
45 Gleichklang aus Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Dadurch schaffen wir die Voraussetzungen für eine hohe Lebensqualität für die Menschen in unseren Kommunen und für unsere Kinder und Kindeskiner. Es gilt einen klaren „Roten Faden“ für eine lebenswerte und zukunftsorientierte Entwicklung in unserer
50 Kommune anzulegen. Darin berücksichtigt sozialdemokratische Kommunalpolitik die Bedürfnisse der Menschen in den verschiedenen Lebensphasen wie auch die der Wirtschaft und einer gesunden Umwelt.

55

Unser Leitbild: Eine Stadt oder Gemeinde, in der es sich zu leben lohnt

Die Kommunalpolitik der SPD ist an den sozialdemokratischen Grundwerten Freiheit Gerechtigkeit und
60 Solidarität orientiert. Deshalb sind soziale Gerechtig-

keit, Demokratie, Chancengleichheit in der Bildung, Integration und Toleranz unverzichtbare Bestandteile sozialdemokratischer Politik vor Ort.

65

Kommunale Daseinsvorsorge und Orts- bzw. Stadtentwicklung

Der wirtschaftliche Strukturwandel, die finanziellen
70 Zwänge und der demographische Wandel stellen die Daseinsvorsorge in unseren Gemeinden und Städten vor neue Herausforderungen. Von zentraler Bedeutung für die SPD ist die Aufgabe, den Bürgerinnen und Bürgern effizient und kostengünstig ein
75 gleichwertiges, diskriminierungsfreies und flächendeckendes Angebot der notwendigen Dienstleistungen und Güter in höchster Qualität zu gewährleisten. Das ist unserer Überzeugung nach nur durch die öffentliche Hand möglich. Deshalb bekennt sich die
80 SPD zur kommunalen Verantwortung auf allen Feldern der Daseinsvorsorge und lehnt Privatisierungen vehement ab!

Die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen ent-
85 scheidet sich in der überlegten Planung unserer Orts-/Stadtentwicklung – Wir wollen bezahlbares Wohnen für alle ermöglichen, eine Nahversorgung mit den Gütern des täglichen Lebens gewährleisten, unsere natürlichen Lebensgrundlagen sichern, un-
90 sere kommunalen Einrichtungen erhalten und die kulturelle Vielfalt und Entfaltung unterstützen.

Wohnen

95 Vor allem in den städtischen Gebieten Bayerns gibt

es für viele Menschen nicht den notwendigen Wohnraum, der zugleich bezahlbar ist. Ein breit gefächertes Wohnungsangebot in allen Preissegmenten und für alle Bedürfnisse in einem lebenswerten Wohnumfeld
100 in sozial stabilen Vierteln und Orts- bzw. Stadtteilen ist ein entscheidender Faktor für ein gutes Leben und die weitere Entwicklung unserer Kommunen. Dafür werden wir mit Augenmaß neues Bauland ausweisen, aber vor allem die Möglichkeiten des Nachverdichtens untersuchen und nutzen, sowie Sanierungen im
105 Bestand besser fördern.

Wir wollen eine sozial gerechte Bodennutzung und ein kommunales Vorkaufsrecht, um eine Grundversorgung mit Wohnraum sicherzustellen. Zweckentfremdung durch Leerstand oder Vermietung als Ferienobjekt müssen unterbunden werden. Gleichzeitig sollen die Einkommensgrenzen erhöht werden, um den Zugang zu Sozialwohnungen für
115 eine größere Zahl an Menschen zu ermöglichen. Das genossenschaftliche und kommunale Bauen soll stärker gefördert werden.

Wir wollen geeignete und bezahlbare Wohnformen für alle schaffen: für Familien, für Menschen im
120 Ruhestand oder Alleinstehende. Denn in unseren Kommunen sollen sich alle zuhause fühlen: von den Kleinsten bis hin zu den Seniorinnen und Senioren. Wir legen Wert auf eine gute Mischung der verschiedenen Bevölkerungsschichten in den Wohngebieten,
125 keine Trennung entlang des Geldbeutels.

- Wir wollen mit unseren Kommunen auf dem Wohnungsmarkt aktiv werden, z.B. mit einer Wohnungs-

130 baugesellschaft/Aufkauf von Bestandsimmobilien

- Wir achten auf eine wohnortnahe gute Infrastruktur
- Wir werden das genossenschaftliche Wohnen und soziale und ökologische Wohnprojekte fördern

135
• Durch Mehrgenerationen-Wohnen statt Heimunterbringung wollen wir Selbständigkeit bis ins hohe Alter ermöglichen

140

- Wir setzen auf Nachverdichtung und Sanierung vor Flächenneuanspruchnahme

Energie

145

Die Energiewende ist eine Schlüsselaufgabe unserer Zeit. Sie muss vor Ort gestaltet werden, um die Energie aus fossilen Ressourcen abzulösen und unsere Abhängigkeit von teuren Energieimporten zu verringern. Zugleich muss Energie weiterhin für alle Menschen bezahlbar bleiben. Unser Konzept basiert auf den drei Säulen der Energieeinsparung, der effizienten Nutzung und dem Ausbau der Nutzung regenerativer Energiequellen.

155

- Wir wollen den weiteren Umstieg auf erneuerbare Energieerzeugung. Deshalb werden wir den Ausbau dezentraler Versorgungsstrukturen fördern

160 • Die energetische Sanierung von Wohnraum wollen wir fördern, um die Energieeffizienz in unserer Kommune zu verbessern und Energie zu sparen

165 • Wir unterstützen den Aufbau von bürgerschaftlich
geführten Energieanlagen vor Ort

170 • Wir wollen unseren kommunalen Handlungsspielraum ausbauen und prüfen die Gründung von eigenständigen Gemeinde-/Stadtwerken

175 • Alle Maßnahmen müssen in einem Klimaschutzkonzept und Energienutzungsplan zusammengeführt und mit der Bürgerschaft abgestimmt werden

180 • Wir fördern die Anschaffung von Pedelecs, Lastenpedelecs und Lastenfahrrädern zur gewerblichen oder gemeinnützigen Nutzung

185 • Der gemeindliche/städtische Fuhrpark wird nach und nach auf alternative Antriebstechnologie umgestellt: Elektro- oder Wasserstofffahrzeuge

Verkehr

185 Kommunalpolitik muss darauf ausgerichtet sein, dass Leben in unseren Städten und Gemeinden wieder angenehmer zu machen – durch Verkehrsvermeidung, durch einen attraktiven öffentlichen Personennahverkehr und ein gut ausgebautes und
190 sicheres Fahrradwegenetz. In den ländlichen Regionen ist der ÖPNV noch unzureichend ausgebaut. Hier müssen vernünftige Konzepte entwickelt und nachhaltig gefördert werden, die den ÖPNV und den Individualverkehr sinnvoll verknüpfen.

195 Kommunale sozialdemokratische Verkehrspolitik dient dem Ziel, allen Bürgerinnen und Bürgern

Mobilität zu ermöglichen. Mobilität steht für die SPD im Vordergrund, denn sie ist ein existenzielles
200 Erfordernis für eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Dabei ist auf eine ressourcenschonende Mobilität zu achten, die unsere Gesundheit und unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht zerstört.

205 Unser Leitbild ist die „Stadt der kurzen Wege“, die sozialen, ökologischen und ökonomischen Anforderungen gleichermaßen gerecht wird.

- Wir stehen für den Ausbau von sicheren Fahrrad-
210 und Fußwegen, sowie die Unterstützung eines nutzerfreundlichen, bezahlbaren, öffentlichen Personennahverkehrs und eines intelligenten Verkehrsmanagements. Außerdem setzen wir uns für ein 365,- Euro Jahresticket im öffentlichen Nahverkehr ein

215

- Im Sinne einer klimagerechten Politik wollen wir umweltverträgliche Verkehrsmittel ausbauen und den ÖPNV langfristig darauf verlagern: klimafreundliche Mobilität soll in Ballungsräumen den individuellen
220 Automobilverkehr reduzieren und kollektive Mobilität fördern.

- Wir stehen für den Ausbau einer öffentlichen Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge, damit Elektromobilität im Alltag flächendeckend praktikabel
225 wird.

- Neue Mobilitätsformen, wie Ergänzungsangebote in Form von öffentlichen Fahrrädern, Carsharing
230 und die Möglichkeit von Elektromobilität bieten eine attraktive Ergänzung zu bestehenden Angeboten

des öffentlichen Verkehrs, die wir fördern wollen. Außerdem setzen wir uns auch in ländlichen Räumen für mehr Digitalisierung und Vernetzung ein. Möglichkeiten sind z.B. intelligente Bussysteme wie im Falle von FreYfahrt Freyung (Shuttle Busse).

• In Wohngebieten, innerstädtischen Bereichen und Ortskernen wollen wir flächendeckend Tempo 30 einführen. Das erhöht die Sicherheit und mindert den Lärm für die Anwohner

Wasser

Die Veränderungen des Klimas führen auch in Bayern mehr und mehr Gegenden zu Wassermangel. Flora und Fauna verändern sich, somit auch die Lebensräume der Menschen. Dies hat Auswirkungen auf ihren Arbeits- wie auch ihren Lebensbereich. Die Kommunen tragen die Verantwortung, das Grundrecht auf Wasser für die Bürgerinnen und Bürger zu wahren.

Wir stehen dafür ein

- Das Recht auf Wasser ist ein Grundrecht
- Wasser ist keine Handelsware und öffentliches Gut für alle (gegen Privatisierung)
- Richtlinien zu Trinkwasser, Grundwasser sowie Behandlung von kommunalem Abwasser müssen umgesetzt werden
- Wasserdienstleistung gehört in kommunale Hand

265

- Die Rechenschaftspflicht der Wasserversorger soll ausgeweitet werden
- Landwirtschaft benötigt den uneingeschränkten
270 Zugang zum Wasser

Umwelt und Klima

Die wichtigsten kommunalpolitisch beeinflussbaren
275 Verursacher der Natur- und Umweltgefährdung
sind Energieverbrauch, Verkehr und der Wasser-
und Flächenverbrauch. Der Erhalt der natürlichen
Lebensgrundlagen ist heute wichtiger denn je. Des-
halb sind Umweltschutz und der Erhalt natürlicher
280 Lebensgrundlagen für uns Sozialdemokratinnen und
Sozialdemokraten selbstverständlicher politischer
Anspruch. Daher müssen die Spielräume kom-
munaler Umweltpolitik ausgeschöpft werden. Die
Rekommunalisierung der Umweltpolitik ist ein Gebot
285 der Stunde und hat zusammen mit Sozialpolitik für
uns höchste Priorität in der Kommunalpolitik.

Unsere Leitlinie zur Abfallpolitik „Vermeidung vor
Verwertung“ nimmt vor allem den Erzeuger in die
290 Verantwortung - diese muss endlich wirksam durch-
gesetzt werden. Wir werden dem rein wirtschafts-
orientierten Flächenverbrauch und der weitflächigen
Versiegelung von Landschaft entgegensteuern.

- 295 • Der Flächenverbrauch muss reduziert werden; un-
genutzte versiegelte Flächen werden wir verringern
und damit neue Grünflächen schaffen

- Wir setzen uns überall dort für Renaturierung ein,

300 wo sie möglich ist

- Wir stehen für die Schaffung und Bewahrung von Landschafts- und Naturschutz-, sowie FFH-Gebieten, um natürliche Lebensräume zu erhalten und bedroh-

305 te Arten zu schützen

- Wir müssen unsere Bürgerinnen und Bürger bei der Gebäudesanierung unterstützen. Wir werden ein Förderprogramm für Fenstersanierung, Wärmedäm-

310 mung und andere Maßnahmen auflegen

- Wir fördern Patenschaften für Straßenbäume, indem wir sie öffentlich ausschreiben und so die Begrünung unserer Gemeinden effektiv vorantreiben

315

- Wir wollen ein Förderprogramm „Stadtgrün“ das Dach- und Fassadenbegrünung fördert

- Wir fordern die Erstellung eines kommunalen CO2

320 -Reduktionsprogramm

- Mit uns werden kommunale Grünflächen insektenfreundlich ausgestaltet

325 • Wir sprechen uns für den Verzicht von Einweggeschirr bei Veranstaltungen der Kommunen aus

- Wir schaffen Anreize zur Eigenkompostierung und eine flächendeckende Erfassung und Kompostierung

330 der organischen Abfälle

Die Kommune als Arbeitgeber

Wir setzen uns dafür ein, dass in den Kommunen die
335 Mitarbeiter*innen durch einen Tarifvertrag gebun-
den sind und bezahlt werden. Arbeitsüberlastungen
sollen mit einer ausreichenden Personaldichte gelöst
werden. Wir kämpfen auch für die Tarifgebundenheit
340 aller kommunalen Tochter-Unternehmen und setzen
uns in der Kommune für weitere Tarifverträge ein.
Wir unterstützen die Gewerkschaftsmitgliedschaft
und die Mitbestimmung der Mitarbeiter*innen aktiv
durch einen engen Dialog mit den Gewerkschaften
vor Ort.

345

Wir unterstützen die kommunalen Mitarbeiter*innen
bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und
wirken darauf hin, dass die Gleichberechtigung der
Geschlechter gewährleistet ist.

350

Sozial- und Bildungspolitik

Wir wollen soziale Kommunen, in denen sich die
Menschen wohl fühlen, mit denen sie sich gerne
355 identifizieren und in denen die Menschen sich umein-
ander kümmern und füreinander einstehen. Die SPD
steht für eine Sozialpolitik, die sich nicht als Repa-
raturbetrieb versteht, sondern vorausschauend die
sozialen Grundlagen unserer Städte und Gemeinden
360 gestaltet.

Familienpolitik

Das Umsteuern der Familienpolitik, um Familie und
365 Beruf für die Erziehungsberechtigten zu vereinbaren,
ist eine der zentralen politischen Aufgaben, der sich
die SPD verpflichtet fühlt. Wir setzen uns ein für

eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuungs- und Bildungslandschaft, die aufeinander abgestimmt alle Angebote von Kleinkindgruppe bis zur weiterführenden Schule umfasst und auch die Eltern nicht vergisst. Nur so schaffen wir eine echte Freiheit, sich für Kinder zu entscheiden.

375 • Wir fordern die flächendeckende Umsetzung des Anspruchs auf eine Kinderbetreuung auch unter drei Jahren

• Wir werden ausreichend Ganztagsangebote von der U3-Betreuung bis zu den weiterführenden Schulen sicherstellen

• Die Öffnungszeiten sind für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf auszuweiten und auch in den Ferien besser abzustimmen. Auf die sozialen Belange der Mitarbeiter*innen wird dabei besonders geachtet. Um Arbeitsüberlastung zu vermeiden muss genügend Personal eingestellt werden.

390 **Seniorenpolitik**

Unsere Bevölkerung wird älter, der Anteil von Menschen über 65 Jahre steigt in unseren Kommunen kontinuierlich an. Als sozialdemokratische Kraft der Kommunen ist es uns ein besonderes Anliegen, ein gutes Angebot für die ältere Generation in ihrer ganzen Vielfalt zu gewährleisten.

• Wir werden die kommunalen Einrichtungen barrierefrei gestalten und Einschränkungen für die Teilhabe älterer Menschen abbauen

- Die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse älterer Menschen in allen Bereichen, von gut lesbaren
405 Publikationen bis hin zu Bewegungsangeboten ist uns ein wichtiges Anliegen

- Wir wollen die Pflege- und pflegeergänzenden Angebote ausbauen, die den individuellen Bedürfnissen
410 entsprechen

Jugendpolitik

Junge Menschen brauchen eine persönliche Perspektive und Identifikationsangebote, damit sie ihre
415 Gemeinde oder Stadt als ihre Heimat betrachten. Deshalb steht die SPD für eine Kommunalpolitik, die eine jugendfreundliche Gemeinde zum Ziel hat. Unsere Kinder und Jugendlichen brauchen Begleitung
420 und Freiräume, um die freien und selbständigen Menschen heranwachsen zu können. Die nötigen Rahmenbedingungen hierfür werden wir schaffen.

- Wir fördern nichtkommerzielle, pädagogisch sinnvolle und attraktive Jugendfreizeitangebote, damit
425 Kinder und Jugendliche Gemeinschaft erleben, Selbstvertrauen tanken und Engagement erlernen können

- Den Kindern und Jugendlichen bieten wir Möglichkeiten der Mitsprache an, wir legen dabei Wert auf
430 eine konkrete, sichtbare Mitwirkung. Wir regen die Schaffung von Jugendparlamenten an

- Jugendkultur braucht Räume: Wir setzen uns ein
435 für Freiräume, die die jungen Menschen in eigener

Verantwortung gestalten können

- Die mobile (aufsuchende) Jugendarbeit ist Teil der offenen Jugendarbeit und dort einzusetzen, wo
440 entsprechende Angebote noch fehlen oder diese offensichtlich nicht wahrgenommen werden.

Frauenpolitik

- 445 Die Gleichstellung von Mann und Frau ist bis heute ein zentrales Thema sozialdemokratischer Kommunalpolitik. In unseren Kommunen darf niemand weniger Geld verdienen oder von Jobs oder Bildungsangeboten ausgeschlossen werden aufgrund seines
450 Geschlechts. Wir fördern die Gleichstellung von Mann und Frau.

Gewalt gegen Kinder und Frauen ist ein unterschätztes und unsichtbares Problem in Deutschland. Um
455 es zu bekämpfen sind Prävention durch Aufklärung und Sichtbarkeit durch Beratung und Information notwendig.

- Wir unterstützen die Einrichtung von Beratungsstellen und Frauenhäusern für Frauen, die Opfer von
460 Gewalt wurden. Aufbau und Erhalt von Unterstützungseinrichtungen für gewaltbetroffene Frauen ist Ziel unserer Kommunalpolitik

- 465 • Wir stehen für eine präventive Aufklärungspolitik, wenn es um das Thema Gewalt gegen Kinder und Frauen geht. Wir kümmern uns um die Einrichtung von Informations- und Aufklärungsstellen, die Bildungsangebote zu diesem Thema anbieten:

470 beispielsweise einen Frauennotruf vor Ort, der die betroffenen berät

- Kinder und Frauen, die Opfer von körperlicher, psychischer und/oder sexueller Gewalt geworden sind, schweigen oft darüber. Deshalb werden wir uns um die Einrichtung von Betreuungs- und Beratungsstellen in den Krankenhäusern bemühen, um betroffenen Kindern und Frauen die Unterstützung zukommen lassen zu können, die sie brauchen und möchten

- Ein klares Bekenntnis der kommunalen Verwaltung: Nein zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz mit der Wahl einer ME-TOO-Obfrau in den Kommunen

485

Inklusion

Wir verstehen Inklusion als ein Konzept, das Teilhabe von vornherein ermöglicht. Es ist ein zentrales Element zur Schaffung sozialer Gerechtigkeit. Durch Inklusion werden Ausgrenzungen beseitigt und Entwicklungschancen eröffnet.

Menschen mit Behinderung müssen diskriminierungsfrei am gesellschaftlichen, sozialen und politischen Leben teilnehmen. Sie sollen nicht mehr mit gesonderten Maßnahmen aufgefangen werden, wenn dies nicht ihren Bedürfnissen entspricht. Wir stehen für die Abschaffung von Sonderwelten.

500

- Wir schaffen eine inklusive – barrierefreie, familien- und seniorenfreundliche – Infrastruktur: Alle öffentlichen Einrichtungen werden wir barrierefrei gestalten

505 • Die Teilnahme an Sport-, Freizeit und Kulturangeboten muss für Menschen mit Behinderung ohne Einschränkung möglich sein

• Wir wollen die Teilhabe von Menschen mit Behinderung in unserer Stadt/Gemeinde stärken und
510 Schwellen sowohl in den Köpfen als auch im täglichen Leben abbauen

• Kinder mit Behinderungen haben einen Anspruch
515 auf qualitativ hochwertige Ausbildung. Die örtlichen und überregionalen Förderschulen leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Wir streben an, dass mittelfristig die Integration von Kindern mit Behinderung an Regelschulen, soweit dies möglich ist, erreicht wird.
520 Grundvoraussetzung hierfür ist ein barrierefreier Zugang und der behindertengerechte Ausbau der Schulgebäude.

Integration

525

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Seit Jahrzehnten sind Menschen zu uns gekommen, die dauerhaft hier leben. Viele sind hervorragend integriert. Dennoch erfahren sie in der Schule und auf
530 dem Arbeitsmarkt oft Diskriminierung aufgrund ihrer Herkunft. Unser Ziel ist daher die uneingeschränkte Teilhabe aller Menschen an ihren Gemeinden und Städten – egal, woher sie kommen, woran sie glauben und wen sie lieben. Unsere Kommunen sind vielfältig,
535 in ihnen begegnen sich die Menschen mit Respekt. Integration gelingt oder scheitert direkt auf unseren Straßen, weil sich dort Menschen begegnen. Und das

heißt auch, dass Integration eine Aufgabe von uns allen ist.

540

- Erfolgreiche Integration heißt für uns, den sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Deshalb setzen wir uns für die Schaffung passgenauer Bildungsangebote und einer zielgruppenorientierten Sprachförderung ein

545

- Wir werden ein umfangreiches Integrationskonzept erarbeiten, das nicht nur eine ausführliche Bestandsanalyse bietet, sondern auch konkrete Handlungsempfehlungen für eine passgenaue, konsequente kommunale Integrationspolitik

550

- Wir setzen uns für die Gründung eines Integrationsbeirates ein.

555

- Wir möchten die interkulturelle Öffnung unserer kommunalen Verwaltung und werden durch entsprechende Maßnahmen den Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst erhöhen

560

- Wir unterstützen verstärkt zivilgesellschaftliches Engagement, das sich mit der Aufgabe der Integration befasst

565 **Bildung**

Bildung und Betreuung sowie die Unterstützung für Kinder, Jugendliche und ihre Familien sind von herausragender Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen. Qualifizierte Betreuung und Bildungsgerechtigkeit tragen zur Vermeidung von

570

Zukunftsrisiken bei. Weiterbildungsangebote von Trägern der Erwachsenenbildung machen uns fit für eine sich rasant verändernde Arbeitswelt. Deshalb
575 stehen wir für ein kommunales Leitbild für Bildung und soziale Förderung von Kindern und jungen Menschen, bei dem Eltern bei der Erziehung und Förderung ihrer Kinder möglichst früh unterstützt werden. Die Rahmenbedingungen für lebenslanges
580 Lernen vor Ort stetig zu verbessern, ist praktizierte Kommunalpolitik

- Wir setzen uns für den schnellen und bedarfsge-
rechten Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder im
585 Alter von unter drei Jahren ein

- Wir flexibilisieren die Betreuungszeiten. Davon profitieren Alleinerziehende und Eltern mit unüblichen Arbeitszeiten. Auch sie sollen das Betreuungsangebot
590 unserer Kommunen in Anspruch nehmen können

- Wir wollen, dass für den Besuch von Kindertages-
einrichtungen künftig keine Elternbeiträge mehr
erhoben werden ,weil Kindertagesstätten Bildungs-
595 einrichtungen sind

- Wir wollen das Ganztagsangebot für Schülerinnen und Schüler bedarfsgerecht ausbauen. Dazu gehört in erster Linie, dass die Schule wohnortnah ist
600 und bleibt: Kurze Wege für kurze Beine! Die Ganztags-
schule muss in Zukunft mehr dem Lern- und
Lebensrhythmus von Schülerinnen und Schülern
gerecht werden

- 605 • Durch Förderprogramme wollen wir den Übergang

von Schule zur Berufsqualifikation für junge Menschen erleichtern und verbessern. Dazu sollen Stellen zur Berufsberatung bei den Kommunen geschaffen werden

610

- Wir wollen lebenslanges, berufsbegleitendes Lernen stärken. Hier kommt den Volkshochschulen und anderen Trägern der Erwachsenenbildung eine wichtige Rolle zu, deren Arbeit wir weiterhin unterstützen wollen.

615

Bekämpfung von Armut

Für die von Armut bedrohten Menschen und die bereits in Armut lebenden Menschen setzen wir uns besonders ein.

620

- Wir fördern und unterstützen Projekte für die gesellschaftliche Integration von armen Menschen durch soziale Angebote wie vergünstigte Tickets für Kulturveranstaltungen, etc.

625

- Wir unterstützen die Tafeln und sozialen Verbände vor Ort

630

- Sonderprogramme vor Ort zur Eingliederung der Menschen durch soziale Arbeitsprojekte

Suchtbekämpfung - und prävention

635

Sucht (Alkohol, Drogen, etc.) kann überall auftreten, die Betroffenen fallen oft durch das Raster und finden kaum Hilfe.

640 Wir setzen uns ein für:

- Räume, in denen unter sauberen Bedingungen konsumiert werden kann. Hier soll es besondere Hilfestellungen geben

645

- Mehr Sozialarbeiter*innen und Streetworker sollen sich um die Betroffenen kümmern. Dies gilt besonders auch für junge betroffene Menschen.

650 • Eine Stelle für Suchtberatung kann Aufklärungsarbeit leisten und Betroffenen aufzeigen, wo es Hilfsmöglichkeiten gibt.

Beteiligung und Bürgerfreundliche Verwaltung

655

Die Kommunalpolitik und die Verwaltung unserer Kommunen dienen dem Wohl der Menschen vor Ort – ihre Interessen müssen im Mittelpunkt der politischen Entscheidungen und des Verwaltungshandelns stehen. Gute Verwaltung und gutes Management reichen heute aber nicht mehr aus: Die Bürgerschaft muss heute bei zukunftsweisenden Weichenstellungen intensiv informiert und bei der Entscheidungsfindung eingebunden werden.

665

Die SPD will in Zeiten zunehmender Vernetzung und Digitalisierung den Weg der Modernisierung gehen. Die Digitalisierung der Kommune nehmen wir in erster Linie als Chance wahr, die wir für die Bürgerinnen und Bürger nutzen müssen und mit kritischem Auge begleiten werden. Die Arbeitnehmer*innen in den Verwaltungen werden wir dabei auf diesem Weg begleiten (z.B.: Weiterbildung, Gesundheitsschutz,

etc.).

675

Verwaltung für die Bürgerschaft

Wir stehen zum Leitbild einer bürgerfreundlichen Verwaltung: eine hohe Servicequalität und zentrale
680 Anlaufstelle mit kurzen Wegen müssen erreicht werden. Das gilt für alle Bereiche vom Meldewesen bis hin zu Bauvorhaben. Dafür benötigen wir motivierte und gut ausgebildete Verwaltungsmitarbeiter*innen. Für die Mitarbeiter*innen ist es uns dabei wichtig,
685 „gute Arbeit“ im Sinne der Gewerkschaften (Mitbestimmung, Tarifvertrag, unbefristet, etc.) zur obersten Priorität zu machen. Um Arbeitsüberlastung zu vermeiden muss genügend Personal eingestellt werden

690 • Wir fordern zentrale Bürgerbüros für die wichtigsten Verwaltungsangebote

• Eine kompetente Begleitung bei Baumaßnahmen ist in unserer Kommunen unerlässlich

695

• Wir wollen die Einrichtung eines Beschwerdemanagements

Bürgerbeteiligung

700

Erfolgreiche Kommunalpolitik lebt davon, dass die Bürgerinnen und Bürger sich einbringen und an der Politik teilhaben können. Die SPD will deshalb die Beteiligung aller Einwohnerinnen und Einwohner an
705 politischen Entscheidungen stärken. Dazu müssen bessere Möglichkeiten zur Information, Teilnahme und Teilhabe geschaffen und politische Entscheidun-

gen transparenter getroffen werden. Wir wollen dazu Angebote weit über die gesetzlichen Anforderungen hinaus sicherstellen.

710 • Wir werden Bürgersprechstunden der Räte in den verschiedenen Ortsteilen/Stadtteilen anregen

715 • Wir setzen uns für die Einführung einer Informationsfreiheitssatzung ein

720 • Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern werden wir verbindliche Leitlinien der Bürgerbeteiligung als Selbstverpflichtung der Stadt/Gemeinde erarbeiten

725 • Wir fordern den Live-Stream aus den Gemeinde- bzw. Stadtratssitzungen

• Wir wollen digitaler werden: Der Gang zum Rathaus soll durch die Möglichkeit eines online-Rathauses ergänzt werden.

730 • Die Einrichtung von WLAN-Hotspots an öffentlichen Plätzen trägt zur Lebensqualität unserer Gemeinde/Stadt bei

Jugendmitwirkung vor Ort

735

Die Forderung, Kinder und Jugendlichen besonders in der Kommunalpolitik zu hören und bei der Entscheidungsfindung mit einzubeziehen ist ein Ausdruck eines veränderten Blicks auf Kindheit und Jugend. Partizipation an Entscheidungsprozessen darf sich nicht nur auf die Gruppe der Volljährigen/Wahlbe-

745 berechtigten erstrecken. Eigene Rechte spiegeln sich
z. B. im Kinder- und Jugendhilfegesetz oder in der
UN-Kinderrechtskonvention wieder. Das Recht auf
Teilhabe bedeutet auch das Recht auf den Erwerb
nötiger Fähigkeiten.

750 • Kinder- und Jugendversammlungen vor Ort (gleich
den Bürgerversammlungen)

• Mitsprache, Mitwirkung, Mitbestimmung als unter-
schiedliche Stufen der Partizipation ausbauen

Kultur

755 Die Kultur prägt die Lebensqualität unserer Städte
und Gemeinden. Sie fördert Integration und To-
leranz und bieten den Raum für Diskussion und
Perspektivenaustausch. Deshalb ist Kultur für uns
760 Bildung. Es gilt die nachbarschaftliche Verantwortung,
den Gemeinsinn und die Ehrenamtlichkeit stärker
zu fördern. Die Kommunen können dabei helfen,
die notwendigen Einrichtungen zur Verfügung zu
stellen. Kultureinrichtungen wie Theater, Museen,
765 Vereine und Initiativen schaffen Identität und dienen
der individuellen wie gesellschaftlichen Bildung –
unabhängig ob professionell oder durch freiwilliges
Engagement geführt. Deshalb sollen sie jedem und
jeder in unseren Kommunen zur Verfügung stehen.
770 Nicht zuletzt ist ein lebendiges Kulturleben auch ein
wichtiger wirtschaftlicher Standortfaktor.

Unser Ziel ist es, den Anspruch „Kultur für alle“
einzulösen. Dies gilt sowohl für die Möglichkeit der
775 Förderung und Ausübung individueller künstlerischer

780

785

790

795

800

805

810

815

820

825

830

835

840

845

850

855

860

865

870

875

880

885

890

895

